

Ohrfeige für Gemeinderat und Schulpflege Hilferuf verhallt ungehört

2020.06.14

Der Bezirksrat fällt untaugliches, formalistisches Urteil

Mit seinem endlich erfolgten Urteil bestätigt der Bezirksrat vor allem eines, seine Überforderung. Er stützt die Problemstellung auf ein Ausmass zusammen, dem er sich gewachsen fühlt und urteilt auf Basis dieses Torsos. Das reicht nicht und ist ein Affront gegenüber Gemeinderat und Schulpflege.

Erinnern wir uns, mit seinem Hilferuf vor einem Jahr, mit dem der Gemeinderat an den Bezirksrat gelangte, teilte er diesem mit, dass nachdem alle Versuche fruchtlos blieben, keine andere Lösung bliebe, als eben die Hilfe durch den Bezirksrat. Die zahllosen Bemühungen und Engagements in der Sache, das geradezu ungeheuerliche Ausmass an Stunden und Aufwand die von Schulpflege, Gemeinderat, Schulsekretariat und Gemeindeschreiber in die erhoffte Problemlösung investiert wurden, sind dem Bezirksrat bekannt (oder könnten es sein, wenn ihn das interessieren würde). Der Bezirksrat ignoriert den Elefanten im Raum und hofft, dass das keiner merkt.

Seit nunmehr zwei Jahren bauen Schulpflege und Gemeinderat Lösungen um das Problem der scheinbar völlig beratungsresistenten und für Hilfsangebote unzugänglichen Schulpräsidentin herum. Diese Lösungen sind keineswegs optimal, sondern Hilfskonstrukte um zu verhindern, dass das System Schule an die Wand fährt und die Gemeinde grösseren Schaden erleidet. Derweil kapriziert sich die Schulpräsidentin in ihrer Rolle als unschuldiges Opferlamm und versteht in keiner Weise, was da um sie herum alles abgeht. Sie ist bloss entsetzt, schockiert und sprachlos ob der Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe und Anschuldigungen. Einzig das, worauf alle Beteiligten inständig hoffen, ereignet sich nicht. Sie bewegt sich weder geistig noch physisch auch nur ein Jota. Wer das alles weiss, für den ist das Urteil des Bezirksrates an Zynismus kaum zu überbieten. Der Job der Schulpräsidentin und der Gemeinderätin setzt den Willen sich in zwei heterogen, politisch zusammengesetzte Gremien zu integrieren voraus. Man muss mit Leuten zusammenarbeiten wollen, welche die eigene Meinung auch mal nicht teilen. – Ja, eine andere Meinung zu haben, ist noch kein Mobbing! Es reicht eben nicht aus, diese zwei Gremien als lästiges Hindernis oder quantité néglieable zu empfinden und bloss die Fachpersonen in der Schule als würdige Gesprächspartner zu betrachten. Durchsetzen lässt sich in Schulpflege und Gemeinderat nicht das, was ich persönlich als richtig empfinde, sondern das was mehrheitsfähig ist. Vertrauen muss erarbeitet und stets auf's Neue gerechtfertigt werden. Der Führungsanspruch muss durch das reale Handeln gerechtfertigt werden. Das alles ist anspruchsvoll und oft ein ziemlicher Knochenjob. (- Als Gemeinderat, welcher zeitgleich mit Frau Loretz sein Amt angetreten hat, weiss ich genau wovon ich spreche.) Wer sich in's Schulpräsidium wählen lässt, weil ihn einzig das Thema Schule interessiert, macht sich potentiell zur tragischen Figur.

Es war von Anfang an klar, dass die Problemstellung für den Bezirksrat nicht nur eine juristische, sondern massgebend auch eine menschliche ist. Gemeinderat und Schulpflege sind nun wirklich kein Haufen von Kindern, welche nichts Besseres zu tun haben als ein neues Mitglied zu mobben! Das redliche, vielfältige und monatelang anhaltende Bemühen aller Beteiligten zur Problemlösung wird vom Bezirksrat scheinbar ausgeblendet, weil so eine einfache Lösungsfindung nicht möglich ist. Das ist unprofessionell und abwertend.

Mit seiner unsäglich langen Dauer für die Entscheidungsfindung und seinem untauglichen Lösungsansatz nimmt der Bezirksrat in Kauf, dass wir in der Gemeinde unsere Leute verheizen und sie resigniert den Bettel hinschmeissen. Mitarbeiter aller oben genannten Gremien (Schulpflege, Gemeinderat, Schulsekretariat und Gemeindeschreiber) werden potentiell in Erschöpfungsdepression und oder den Rücktritt/Kündigung getrieben. Das ist verantwortungslos. Schon deswegen kann der Gemeinderat das vorliegende Urteil kaum akzeptieren. In seiner Rolle als verantwortungsvoller Arbeitgeber hat er sich um das Wohl seiner Mitarbeiter zu sorgen und diese, wo nötig, zu schützen. Die vom Bezirksrat verordnete Problembewirtschaftung hilft da nicht weiter.

- Die Gemeinde Horgen hat kein unerschöpfliches Reservoir an tauglichen Leuten, welche bereit sind politische Ämter zu übernehmen. Auch das könnte der Bezirksrat erwägen.

Die gesetzlichen Regelungen sehen den Bezirksrat als nächsthöhere Instanz vor, wenn auf Stufe der Gemeinde etwas nicht lösbar ist. Der Bezirksrat dokumentiert, dass er dieser Art von, nicht nur juristischer Problemstellung, nicht gewachsen ist. Was fehlt ist der souveräne, menschliche Ansatz und klare Blick.

Was ist mit dem Urteil gewonnen? Nichts. Es wurde bloss Zeit verplempert.

Das Problem, dass sich gewisse Leute nicht in politische Gremien integrieren lassen, weil sie scheinbar gar keinen Zugang zur Thematik haben, bleibt ungelöst.

Frau Loretz selber schwebt, so scheint es, in sphärischen Höhen, in welchen die Trivialitäten des realen Lebens ausgeblendet bleiben. Man kann zur Ansicht gelangen, sie habe eine Mission, welche sie ohne Rücksicht auf Verluste verfolgt. Finanzielle, terminliche oder regulatorische Einschränkungen gelten in diesen Sphären nicht. Das sind bloss Zumutungen, um welche sich subalterne Kräfte kümmern sollen. - Die dürfen dann im Zweifelsfall auch Schuld sein, wenn es gälte Verantwortung zu übernehmen.

Der Bezirksrat schulmeisteret Beteiligte, die seit nunmehr zwei Jahren ein beträchtliches Mass an Energie und Lebenskraft in den Fall investiert haben und teilweise am Rand ihrer Kräfte sind. Sie sollen sich jetzt endlich mal zusammenreissen und benötigen ein Coaching.

Das wirkt äusserst arrogant und ignorant aber eben auch sehr hilflos. Der Bezirksrat sagt uns: Wir können das nicht, macht doch selber und dafür braucht er 12 Monate.

Das alles ist für unsere Gemeinde eine mittlere Katastrophe und zutiefst zu bedauern.

Markus Uhlmann
Gemeinderat, Horgen